FDP Schwalm-Eder

KNELL: WEIDETIERHALTER BRAUCHEN MEHR ALS SYMBOLPOLITIK

09.04.2025

„DIE JÜNGSTEN ÄNDERUNGEN IM WOLFSMANAGEMENT SIND EIN ERSTER SCHRITT – ABER SIE REICHEN BEI WEITEM NICHT AUS“, ERKLÄRT WIEBKE KNELL, FRAKTIONSVORSITZENDE SOWIE JAGD- UND LANDWIRTSCHAFTSPOLITISCHE SPRECHERIN DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG, ANLÄSSLICH DER LETZTEN PLENARDEBATTE ZUR WEIDETIERHALTUNG ENDE MÄRZ.

Für die nordhessische FDP-Abgeordnete ist das Thema Wolfsmanagement ein Herzensthema. In Hessen galt der Wolf über 150 Jahre als ausgerottet – doch insbesondere in den letzten Jahren stieg die Zahl der Wolfssichtungen in Nordhessen sowie die Zahl der Rissverdachtsfälle stark an. „Ich begrüße es, dass unsere langjährigen Forderungen nach Verbesserungen beim Weidetierschutz und bei der Entschädigung von Rissschäden endlich Gehör finden. Doch die Probleme in der Praxis bestehen weiter – insbesondere beim Wolfsmonitoring“, so Knell.

Mit der Aufnahme des Wolfs ins hessische Jagdrecht wurde eine Grundlage für ein aktives Bestandsmanagement geschaffen. Auch die Entschädigungsregelungen wurden überarbeitet – unter anderem entfiel der bislang erforderliche genetische Nachweis, der für Tierhalter mit erheblichem Aufwand verbunden war. „Dass nicht mehr ein DNA-Test beweisen muss, dass ein Kalb nicht vom Fuchs, sondern vom Wolf gerissen wurde, ist richtig und längst überfällig“, erklärt Knell. „Das Zeitfenster, in dem genetische Proben von Rissverdachtsfällen genommen werden müssen, ist sehr klein, sodass viele Tierhalter auf den Kosten sitzen blieben – da der Nachweis fehlte, dass es sich tatsächlich um einen Wolfsriss handelte.“

Gleichzeitig kritisiert Knell bleibende Defizite beim Wolfsmonitoring: „Wenn Proben nicht oder zu spät genommen werden und keine Ergebnisse liefern, fehlen uns die Daten für

Abgerufen am 02.11.2026 unter https://fdp-schwalm-eder.de/?p=16281

ein aktives Management. Berichte über verzögerte oder ganz ausbleibende Beprobungen reißen nicht ab – und auf der Homepage des Wolfszentrums werden Verdachtsfälle mittlerweile gar nicht mehr veröffentlicht. Das ist inakzeptabel.“

Der Wolf hat nach wie vor europäischen Schutzstatus. Daher ist eine verlässliche Datenlage durch ein belastbares Monitoring essenziell. Nur so können rechtssichere Schritte hin zu einer regulären Bejagung unternommen werden. Doch die organisatorischen Veränderungen im Wolfsmonitoring haben bislang keinerlei spürbare Verbesserung gebracht. Mit Blick auf den Herdenschutz äußert Knell grundsätzliche Zweifel an der bisherigen Strategie: „Der Fall im Wildtierpark Edersee hat erneut gezeigt, dass selbst knapp drei Meter hohe Zäune keinen Wolf aufhalten. Eine Wölfin konnte dort trotz eines 2,88 Meter hohen Zauns entkommen. Und doch fordert die Landesregierung noch immer Netzzäune mit 90 Zentimetern Höhe als Grundschutz – das ist komplett realitätsfern. Diese Strategie war aus unserer Sicht von Anfang an nicht tragfähig – und das Beispiel Edersee gibt uns leider auf grausame Weise recht.“

Die Freien Demokraten fordern ein konsequentes Wolfsmanagement mit klaren Regeln. Hierzu gehört das Schaffen der rechtlichen Grundlagen für eine reguläre Bejagung sowie ein funktionsfähiges Wolfsmonitoring. Nur so können Weidetierhalter verlässlich geschützt und der Bestand wirksam reguliert werden.

Abschließend fordert Knell die Koalitionspartner CDU und SPD dazu auf, sich in den laufenden Koalitionsverhandlungen in Berlin für ein aktives Wolfsmanagement starkzumachen. „Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um auf Bundesebene den nötigen Druck auszuüben“, so Knell.

Abgerufen am 02.11.2026 unter https://fdp-schwalm-eder.de/?p=16281